

MdB Martin Patzelt

Anerkennung von Engagement

Einleitung

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement feiert 15-jähriges Jubiläum von »Engagement macht stark!« in der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«. Ich gratuliere zu diesem Erfolg und möchte an der Stelle betonen, dass ich die Arbeit des Bundesnetzwerkes für die Anerkennung von gesellschaftlichem Engagement sehr schätze. Gerade die Mitmach-Kampagne ist außerordentlich hilfreich, damit Menschen den Sinn, das Erfahrungspotential und die Motivation, welches hinter »Bürgerschaftlichem Engagement« steht, erkennen. Mit dieser Kampagne können motivierte Bürger in der Praxis am demokratischen Gesellschaftsleben teilhaben. Also: Herzlichen Glückwunsch und weiter so!

Im Großen wie im Kleinen

Schon als Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) bezeichnete ich das bürgerschaftliche Engagement als Reichtum der Stadt. Diese Arbeit für das Gemeinwohl müsste künftig noch stärker öffentlich gewürdigt werden. Strukturentscheidungen in der Politik sind nur sinnvoll, wenn die praxisbezogenen Erfahrungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, ehrenamtlichen Einrichtungen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in die Entscheidungsfindungen einfließen. Themen, mit denen ich mich zum Beispiel im Bereich der Engagementförderung auseinandersetze, beinhalten eine effektive finanzielle Strukturförderung auf kommunaler Ebene mit maximaler erfolgreicher Umsetzung. Das Zusammenwirken von Politik und gesellschaftlichen Initiativen mit Blick auf das ehrenamtliche Engagement des Einzelnen ist mir besonders wichtig. Daher bemühe ich mich einen regelmäßigen Einblick in die praktische Arbeit von Wohlfahrtsverbänden zu bekommen. In Anerkennung ihrer Leistung auf kommunaler Ebene ist es wichtig zu verstehen, welches die günstigsten bundespolitischen Rahmenbedingungen für die Förderung des Engagements vor Ort sind.

Bürgerschaftliches Engagement nicht zum Nulltarif

Die Aufgabe der Politik, die ich als ordentliches Mitglied des Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement wahrnehme, ist die strukturelle Vermittlung von Aufgaben des Ehrenamtes, um motivierte Bürger an gesellschaftlichen Ereignissen zu beteiligen. Auch strukturelle Fortbildung und Sachaufwand, die der einzelne vielleicht nicht stemmen kann, gehören zu den Förderungsmöglichkeiten der Politik.

Die Anerkennung von Bürgerinnen und Bürgern und Unterstützung derer, die sich ein halbes oder ganzes Jahr für den Freiwilligendienst engagieren, ist für meine Arbeit als Familienpolitiker von zentraler Bedeutung. Ich halte es schon lange für hilfreich, einen einheitlichen »Ehrenamtsausweis« für die entscheidungsfreudigen Freiwilligen zu schaffen. Vergleichbar in der Handhabung ähnlich einem Impfausweis. Das kann ein bundesweit gültiger Nachweis sein, mit dem Freiwillige sich ihre Tätigkeiten und damit auch Erfahrungen bescheinigen lassen können.

Der Freiwilligenpass/Ehrenamtsausweis könnte sich zum Beispiel bei Bewerbungen und der individuellen Zukunftsgestaltung positiv auswirken.

»Nahtstellen« zwischen Ehrenamt und Hauptamt

Doch selbst wenn motivierte Bürgerinnen und Bürger sich dem Ehrenamt widmen wollen und auch die Politik Fördermaßnahmen durchsetzt, findet noch lange keine nachhaltige Etablierung von bürgerschaftlichem Engagement statt. Die Motivationspflege durch zivilgesellschaftliche Organisationen und die öffentliche Wahrnehmung sind dafür wesentliche Faktoren. Sie dienen als Verbindung oder Brücke zwischen Verwaltung und Politik einerseits und dem Engagement des Einzelnen andererseits. Und gerade im Rahmen der Motivationspflege als Lobbyist gegenüber der Bundespolitik ist das BBE ein langjähriger und verlässlicher Partner.

Demokratieförderung und Teilhabe wird nicht nur von der Politik betrieben, sondern kommt vor allem aus der Mitte der Gesellschaft. Politik kann nur begrenzt wirken; die Gesellschaft muss gemeinsam an Motivation arbeiten. Wesentlich für die Erstarkung des bürgerschaftlichen Engagements ist, dass die Leistung von Freiwilligen auch in ihrem Umfeld bemerkt und vor allem anerkannt wird. Die Arbeit von Freiwilligen soll nicht als Konkurrenz zum Entgelt begriffen werden. Der Inhalt dieser wichtigen und in ihrer Spezifik unentbehrlichen Arbeit soll stattdessen sichtbar gemacht werden. Wofür engagiert man sich? Was bedeutet speziell eine ehrenamtliche Funktion? Was bedeutet wiederum für den Einzelnen sein oder ihr Engagement? Solch ein öffentlicher Diskurs kann Verständnis und Anerkennung von anderen Menschen gerade im Lebensumfeld der Engagierten fördern. Diese Diskussion kann auch aufzeigen, was ehrenamtlich Tätige an persönlichen Ressourcen wie Zeit, Kraft, Geduld, Toleranz usw. mehr einbringen, um eine ehrenamtliche Arbeit überhaupt ausführen zu können. Zwischenmenschliche Anerkennung ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Gesellschaftlich fundierte Funktionshilfen sind dabei die andere.

Politik kann daher symbolisch Engagement fördern und damit Bewusstheit dafür schaffen, es aber es nicht konkret umsetzen. Wir selbst sind diejenigen, die das wollen müssen.

Und nicht zuletzt:

Gesellschaftliches Engagement kann und sollte sich zum habituellen Wesensmerkmal von Menschen in einer demokratisch organisierten Gesellschaft entwickeln. Sie ist nicht mehr nur eine »Nebentätigkeit« in unserem Leben, sondern ein konstituierendes Merkmal von

sich mehr und mehr emanzipierenden, an der Verantwortung für das Gemeinwohl teilhabenden Bürgerinnen und Bürgern.

Diese Menschen verstehen, dass sich bei dem rasanten Wandel tradierter gesellschaftlicher Lebensformen und Normen wie Familie, Vereinen, Berufen, Werten, zunehmend Funktionsverluste zeigen, die nicht durch Dienstleister oder Verwaltung und Politik (an die immer mehr solche Erwartungen gerichtet werden) kompensiert werden können. Insbesondere emotionale und sozial nachhaltige Stützung und Begleitung, frei verfügte Zuwendung, empathische Krisenbegleitung, Minderheitenschutz, nachhaltig ökologische Verantwortung, Bürgerinitiativen u.v.a.m. bilden das Fundament einer solidarischen Gesellschaft und lassen sich nicht durch vergütete Leistungen glaubhaft vermitteln.

Bürgerschaftliches Engagement ist wohl auch ein probates Mittel gegen persönliche Einsamkeit und damit sogar beste Prophylaxe gegen Krankheiten jeder Art. Unsere psychischen Grundbedürfnisse nach Kommunikation und nach Kooperation können hier in hervorragender Weise eine Befriedigung erfahren. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung dürfen wir alle die Verantwortung für die Gestaltung unserer Demokratie niemals aus den Augen verlieren und dürfen ihre Pflege nicht vernachlässigen. Denn bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule der Demokratie. Eine demokratische Haltung muss von Generation zu Generation durch Vorleben weitergegeben werden. Aus benannten Gründen kann Politik nichts Besseres tun, als bürgerschaftliches Engagement zu fördern und zu unterstützen.

Ich bin tief davon überzeugt, dass Engagement in den Kommunen, also an den Lebensorten der Menschen entwickelt werden muss; nicht von uns Politikern fremdbestimmt, sondern von uns begleitet mit Wertschätzung und mit entsprechender finanzieller Unterstützung. Ich sehe meine Rolle als Familienpolitiker darin, hilfreiche Strukturen zu fördern und zu entsprechenden Netzwerken zu verbinden, die gut kooperieren, sich abstimmen und insofern dort leistungsfähiger werden, wo sie gebraucht werden.

Autor

Martin Patzelt, MdB, geb. 1947, ist studierter und langjährig Praxis erfahrener Sozialpädagoge. Als Referatsleiter für öffentliche Erziehung in einer Landesregierung, später Beigeordneter für Kultur und Soziales wie ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) war ihm Bürgerschaftliches Engagement ein anhaltendes Anliegen. Zur Bundestagswahl 2013 gewann er überraschend für die CDU im Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree das Direktmandat und ist im Deutschen Bundestag Mitglied in den Ausschüssen Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Familie und Bürgerschaftliches Engagement. Bei der Bundestagswahl 2017 verteidigte er den Wahlkreis gegenüber seinem Herausforderer Alexander Gauland von der AfD.

Kontakt: martin.patzelt@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de